

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

17.2.1927 (No. 40)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertreibung, und Kontostundenverfall fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Beilagenhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Vorankündigungen und Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer

Da die Umrechnungssätze für die nicht notierten ausländischen Zahlungsmittel aus technischen Gründen nicht vor Mitte des Monats festgesetzt werden können, werden ebenso wie im Dezember 1926 und Januar 1927 auch im Februar und März 1927 allgemein Zuschläge nach § 170 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung und Verzugszinsen nicht erhoben, wenn die Vorankündigungen und Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer bis einschließlich 15. Februar und 15. März 1927 beim Finanzamt (Finanzkasse) eingehen.

Die Industrie in Baden

I.

Das Werk „Die Industrie in Baden 1925“, mit dem wir bereits in unserer kurzen Besprechung mitteilten, das badische statistische Landesamt zum erstenmal eine zusammenfassende Darstellung der Industrie und ihrer einzelnen Gruppen in Baden gibt, beruht auf der Volks-, Berufs- und Betriebszählung im Juni 1925. Es ist nicht etwa ein rein statistisches Werk, sondern es behandelt auch eingehend die einzelnen Industrien unseres Landes, schildert ihre Geschichte, ihren Aufbau, ihre heutige Bedeutung, ihre örtliche Verteilung, ihre Zusammenschlüsse, ihre Verflechtung mit den übrigen Industrien im Reich und im Ausland, und beschäftigt sich auch mit den Angestellten und Arbeitern. Mit dem naturgemäß vor allem ins Auge fallenden, sehr reichhaltigen Zahlenmaterial, das überall nicht einfach nachgelesen, sondern erläutert und fahbar dargestellt wird, stellt das Buch, das nach den allgemeinen Überblick die einzelnen Industriezweige eingehend besonders behandelt, sozusagen ein Standardwerk über die badische Industrie dar, wie es bis jetzt gefehlt hat.

Im allgemeinen Teil wird mitgeteilt, daß anlässlich der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925 in Baden insgesamt 126 288 selbständige Gewerbebetriebe mit 698 870 darin Beschäftigten Personen, darunter 492 429 Arbeitern, erfasst wurden. Rechnet man hierzu noch die nicht erwerbstätigen Angehörigen sowie die bei der Reichsbahn und der Reichspost beschäftigten Arbeiter, so ergibt sich, daß rund 68 vom Hundert der Gesamtbevölkerung unseres Landes von Gewerbe, Industrie, Handel und Verkehr leben.

An Fabriken mit 20 und mehr Arbeitern wurden 2408 festgestellt; das sind 3,3 v. H. aller gewerblichen Betriebe. Dieser Anteil erscheint an sich außerordentlich klein. Die wirtschaftliche Bedeutung der Industrie zeigt sich aber in einem anderen Licht, wenn man berücksichtigt, daß in diesen 2408 Fabrikbetrieben über 251 000 Arbeiter beschäftigt sind. Das sind 70 v. H. aller in Gewerbe und Industrie tätigen Arbeiter. Dazu kommen noch 32 688 Angestellte und 2660 Heimarbeiter, so daß die Gesamtzahl der in den 2408 Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer 286 478 beträgt. Was die Verteilung auf die verschiedenen Industriegruppen anlangt, so ist folgendes gesagt. An erster Stelle steht hinsichtlich der Zahl der Fabriken die Gesamtgruppe der Metall- und Maschinenindustrie mit 790 Betrieben. Sie ist eingeteilt in vier Untergruppen: a) Metall- und Maschinenindustrie im engeren oder eigentlichen Sinne, b) Schmuckwarenindustrie, c) Elektrotechnik und Feinmechanik, d) Uhren- und Musikinstrumentindustrie. Gruppe a weist 346, Gruppe b 295, Gruppe c 65 und Gruppe d 76 Betriebe auf. An zweiter Stelle steht die Tabakindustrie mit 535 Betrieben und dann in erheblichem Abstand die Holzindustrie mit 253 Betrieben. Auf die Gruppe Steine und Erden entfallen 198, auf die Textilindustrie 192 Betriebe. Die Papierindustrie weist 110, die Nahrungsmittel- und Genussmittelindustrie 106 und die Bekleidungsindustrie 105 Betriebe auf. Nach der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer steht gleichfalls die Gesamtgruppe der Metall- und Maschinenindustrie mit 118 113 Arbeitnehmern an erster Stelle, dann entfallen auf die eigentliche Metall- und Maschinenindustrie 68 112, auf die Schmuckwarenindustrie 25 084 Arbeitnehmer. Von den anderen Gruppen folgt zunächst die Textilindustrie mit 42 523, die Tabakindustrie mit 40 690 die Holzindustrie mit 17 523, die Papierindustrie mit 14 876 und die Industrie der Steine und Erden mit 14 540 Arbeitnehmern.

Der nächste Abschnitt behandelt die geschichtliche Entwicklung der badischen Industrie, wobei allerdings darauf hingewiesen wird, daß es darüber zuverlässiges statistisches Material nur sehr wenig gibt. Schon im 18. Jahrhundert gab es in Baden einzelne wenige größere Fabriken, freilich das

meiste kam nicht über einen handwerksmäßigen Umfang hinaus. Für die Zeit um 1800 ist ein Bestand von etwa 50 Fabriken, von denen jede mehr als 20 Arbeiter hatte, anzunehmen.

Die erste brauchbare Gewerbebeziehung 1861 stellt in 113 Gemeinden 357 Fabriken mit 20 und mehr Arbeitern fest. Die Gesamtzahl der Arbeiter betrug 31 000, rund 2 Prozent der damaligen Einwohnerzahl des Landes. 100 Fabriken mit 4600 Arbeitern entfielen auf Pforzheim, das damals die erste Blüte der Bijouterieindustrie aufwies. Dann kam Mannheim mit 26 Fabriken, Karlsruhe mit 18, Vaihingen mit 13, Freiburg und Heidelberg mit je 9, Konstanz mit 8 Fabriken usw. Auch in den Landgemeinden gab es damals bereits Fabriken. In Waghäusel waren in der Zuckerrübenfabrik bereits über 1000 Arbeiter beschäftigt. Die Textilindustrie wies 107 Fabriken mit 14 000 Arbeitern auf, und stand an erster Stelle.

Im Nachfolgenden seien die Ergebnisse amtlicher Erhebungen seit 1861 zusammengefasst:

| Erhebungsjahr (mittlere Bevölkerung) | Arbeiter mit 20 u. mehr (100 Köpfe) | Zahl der Betriebe (100 Köpfe) | Zahl der Arbeiter insgesamt | Zahl der Industrie-gemeinden | Auf 100 Einwohner kommen |
|--------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------|-----------------------------|------------------------------|--------------------------|
| 1861 | 357 | 83 | 31 040 | 113 | 2,72 |
| 1882 | 799 | 143 | 60 210 | 247 | 3,81 |
| 1899 | 1754 | 342 | 145 777 | 400 | 7,93 |
| 1912 | 2196 | 458 | 214 119 | 463 | 9,82 |
| 1925 | 2408 | 536 | 251 130 | 478 | 10,86 |

Von 1912 bis Mitte 1925 hat die Zahl der Fabriken um 212, also fast 10 Prozent, die der eigentlichen Großindustrie um 78, also 17 Prozent, die der Arbeiter um 37 000 zugenommen.

Eine Tabelle zeigt das Gründungsjahr der heute noch bestehenden Fabriken. Sie gibt folgendes Bild: es handelt sich im ganzen um 2408 Betriebe. Begründet sind davon vor 1836: 99 (4,1 Proz.), und von 1837 bis 1850: 86 (3,6 Proz.).

| Von 1851 bis 1875: | 400 Fabriken (16,6 Prozent) |
|--------------------|-----------------------------|
| 1876 | 1900: 737 (30,6) |
| 1901 | 1914: 471 (19,6) |
| 1915 | 1918: 58 (2,2) |
| 1919 | 1925: 497 (20,6) |

Bei 65 Fabriken ist das Gründungsjahr unbekannt.

Als Beweis für die gesunde Grundlage der badischen Industrie ist die Tatsache anzusehen, daß 536 Fabriken, also rund ein Viertel bereits ein Alter von 50 und mehr Jahren aufweist. Zu den ältesten Gewerbebranchen gehört die Leder- und Gummiindustrie. Ein Viertel aller größerer Brauereien weist ein Alter von nahezu 100 Jahren auf. Die Hälfte der heute bestehenden elektrotechnischen Fabriken ist erst in der Nachkriegszeit entstanden.

Eine Tabelle über das Gründungsjahr der ältesten Fabriken, die vor 1800 entstanden sind, weist 37 Betriebe auf, von denen die 15 ältesten hier angeführt seien:

- 1340: Herrenmühle, vorm. C. Geng, Heidelberg, A.-G. seit 1897.
- 1570: B. Grüniger Söhne, Glodengieherei, Billingen (Einzelfirma).
- 1579: Müller und Schimpf, Papierfabrik Gengenbach (Einzelfirma).
- 1630: Eisenwerke Gaggenau, Gaggenau, A.-G. seit 1858.
- 1678: A. Hilpert & Co., Dampfzuckerwerk, Blaswald (Offene Handelsgesellschaft).
- 1705: Fürstl. Fürstenbergische Brauerei, Donaueschingen A.-G. seit 1921.
- 1715: Brauerei Schrempf, Karlsruhe, A.-G. seit 1889.
- 1716: Raß & Klump, Sägewerk und Kyanisieranstalt Gernsbach (Offene Handelsgesellschaft).
- 1723: Adolf Jähringer, Pelzgerberei, Staufen (Offene Handelsgesellschaft).
- 1723: Buchdruckerei und Verlagsanstalt Neuß & Itta, Konstanz (Einzelfirma).
- 1734: Gebrüder Lind, Maschinenfabrik, Oberkirch (Einzelfirma).
- 1740: Carl Haberstroß & Co., Lederfabrik, Haslach (Wolfsach), G. m. b. H. seit 1922.
- 1751: August Koehler, Papierfabrik, Oberkirch, A.-G. 1922.
- 1752: Georg Venz, Färberei, Schopfheim, Commandit-gesellschaft.
- 1752: Bismann & Pfeiffer, Eisengieherei und Maschinenfabrik, Pforzheim, D. S. G.

Der Reichsfinanzminister zum Etat

Im Reichstag hat am Mittwoch die Etatsberatung begonnen. Dabei hielt der neue Reichsfinanzminister Dr. Köhler seine Etatsrede, in der er auf den Ernst der Finanzlage hinwies, ohne dabei einem direkten Pessimismus das Wort zu reden. Er bezeichnete es als fraglich, ob das Reich imstande sei, die steigenden Danverlasten weiter zu tragen. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger stellte er die Notwendigkeit der Verwaltungsreform vor das Problem der Steuererleichterung, wobei er jedoch die Möglichkeit weiterer Steuererleichterungsmaßnahmen offen ließ. Zum Finanzansgleich erklärte er noch keine endgültigen Vorschläge machen zu können. Für die Übergangszeit müsse die gegenwärtige Ordnung beibehalten werden. Im Anschluß an die Rede sprachen zunächst der Vertreter der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen.

Deutscher Reichstag

B.T.B. Berlin, 16. Febr.

Im Reichstage begann heute die Beratung des Etats für 1927, die mit einer großangelegten Rede des neuen Reichsfinanzministers Dr. Köhler eröffnet wurde.

Der Minister wies einleitend darauf hin, daß es sich bei dem Etat für 1927 um eine Vorlage handle, die bereits von seinem Amtsvorgänger aufgestellt worden ist. Jedem eine etwa beabsichtigte Änderung konnte schon der vorgerückten Zeit wegen nicht mehr in Frage kommen. Der Minister teilte mit, daß der Etat für 1926 im Ordinarium nach den bisherigen Ergebnissen im ordentlichen Haushalt ohne Fehl- und Überschuss abgehe, daß sich sogar ein verhältnismäßig kleiner Überschuss ergeben wird. Zur Deckung des außerordentlichen Haushalts in Höhe von 940 Millionen stehen zunächst nur der Erlös der Anleihe mit rund 450 Millionen und eine Schuldaufnahme bei der Reichspost von 100 Millionen zur Verfügung. Über die Deckung des Restes wird noch Bescheid zu fassen sein. Die Steuerentlastungen des Jahres 1926 hat auf die Wirtschaft belebend und fördernd eingewirkt. Die Umsatzsteuer wird den Etatansatz auf 974 Millionen nicht erreichen, da nur mit einem Aufkommen von rund 840 Millionen zu rechnen ist.

Der Minister ging dann auf den Etat näher ein und wies darauf hin, daß die angenommene weitere Besserung unserer Wirtschaftslage in den Einnahmenseitigen bereits sehr rasch berücksichtigt ist. Die gesamte Belastung des Reiches stellt sich auf rund acht Milliarden im ordentlichen und 536 Millionen im außerordentlichen Etat. Ich darf aber nicht verhehlen, so führte der Minister weiter aus, daß die Gleichgewichtslage im ordentlichen Etat nur scheinbar sein würde, daß die Einnahmenschätzungen von starkem Wirtschaftsoptimismus getragen sind, findet meine volle Zustimmung. Aber größere im Etat nicht vorgesehene Ausgaben lauern im Hintergrund. Der Minister erklärte weiter, daß in der Frage der allgemeinen Erhöhung der Bezüge der Beamten und der Kriegsgeldbesitzigen die wiederholt gemachten Zusagen selbstverständlich nach Maßgabe des finanziell Möglichen zu gegebener Zeit vollzogen werden müssen.

Wirtschaftslage und Steuerpolitik

Im bisherigen Verlauf des Jahres 1927 hat sich die Belebung, die im Jahre 1926 eingetreten ist, im wesentlichen behaupten können. Aber die Grundlage erscheint noch immer recht schwierig, insbesondere für die Wirtschaft an der Peripherie des Reiches. Die Lage erfordert in erster Linie eine überaus pflegliche Behandlung der Steuerquellen, eine nach volkswirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten geführte Finanz- und Steuerpolitik. Es ist in keiner Weise die Absicht der Regierung, die kommenden, so außerordentlich schwer werdenden Jahre mit einer Defizitarungs- und Inflationirungsart zu belasten unter untragbarer Anspannung der Steuerkraft der Wirtschaft. Unsere Steuerpolitik wird davon ausgehen, daß die Reformgesetzgebung des Jahres 1925 unsere Steuern in rechtlicher und technischer Beziehung die Gestalt gegeben hat. Ich möchte daher die Wahrung der Gesetzgebungs-Diskussion auf dem Gebiete der Steuern nachdrücklich wiederholen. Was geschehen muß, ist eine wesentliche Vereinfachung der Gesetzgebung und des Verwaltungsverfahrens. Wir müssen bedacht sein, neue Steuerlasten überhaupt zu vermeiden und mit Steuerentlastungen fortzufahren. Ich denke hier in erster Linie an die Zuckerteuer und an die Realsteuern.

Außerordentlich dringend und nicht mehr verdrängbar sind Maßnahmen zur Vereinfachung im Vollzug der Steuer-gesetze. Unsere Finanzbeamten sind in einem Maße überlastet, daß schleunige Abhilfe geboten ist. Ich beabsichtige, die das erstmalig vorgenommene Bewertung wenigstens bezüglich der landwirtschaftlichen Betriebe und der Grundstücke noch für ein weiteres Jahr gelten zu lassen und eine völlige Neubewertung erst wieder im Jahre 1928 vorzunehmen. Die noch immer große Anzahl der Zahlungstermine müssen wir etwas einschränken. Es wird zweckmäßig sein, wenn wir auch bei der Umsatzsteuer nur vierteljährliche Vorankündigungen und Vorauszahlungen einfordern. Ob alle diese Maßnahmen genügen, um unsere Steuerbehörden instand zu setzen, das Jahr 1927 zu überleben, darüber muß man immer noch Zweifel haben und Sorge hegen. Im gegenwärtigen Augenblick kann ich eine Verantwortung für eine gerechte und gleichmäßige Belastung nicht reiflos übernehmen. Die Beamtenhaft meiner Verwaltung hat das Jahr 1926 im alten Pflichtgefühl und Arbeitsfreudigkeit überstanden. Es ist nun aber auch Zeit, daß man sich nun auch ihrer an-

nimmt. Ich behalte mir vor im Ausschuss Ausführungen und Vorschläge zu machen. Worüber ich mich ausdrücklich beschweren muß, das sind die maßlosen Beschimpfungen und Verdächtigungen, die in letzter Zeit gegenüber den Steuerbeamten im besonderen ausgesprochen worden sind.

Der Etat 1927

Ist trotz aller Abstriche und Einschränkungen immer noch außerordentlich aufwendig, u. unserer Wirtschaftslage nicht entsprechend. Der aufzubringende Betrag an Steuern und sonstigen Abgaben beträgt für das Reich 7,8 Milliarden, für die Länder 1,2 Milliarden, für die Gemeinden 2 Milliarden. Es wird sehr scharf zu prüfen sein, ob nicht verschiedene Ausgaben noch ganz abgesehen oder wenigstens gemindert werden können. Besondere Beachtung erfordert die Entwicklung des außerordentlichen Haushalts und damit der Anleihebewirtschaftung des Reiches. Die Leistungen für Kriegs- und Reparationslasten zusammen ergeben einen Jahresaufwand von rund 8,3 Milliarden. Nach dem Dawes-Abkommen werden unsere Leistungen nächstes Jahr um weitere 290 Millionen steigen. Ich erkenne im gegenwärtigen Augenblick noch keine Möglichkeit, wie wir trotz allen guten Willens diese Beträge aufbringen können. Deutschland werde weiterhin tun, was in seinen Kräften stehe, die übernommenen Verpflichtungen loyal zu erfüllen. Es müssen ihm hierzu aber auch die notwendigen Voraussetzungen gegeben werden. Zur Personalpolitik führte der Minister aus, daß neue Stellen nur dann angefordert würden, wenn aus organisatorischen Gründen eine Vermehrung unumgänglich notwendig war.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen behandelte der Minister

die Haushalte der einzelnen Ministerien.

Im Haushalt für die besetzten Gebiete sind größere Beträge für kulturelle und wirtschaftliche Fürsorge vorgesehen. Im außerordentlichen Haushalt des Reichsarbeitsministeriums sind 180 Millionen zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für Erwerbslose eingestellt. Im Zusammenhang damit ist im Haushalt des Reichsverkehrsministeriums der in Angriff genommene verstärkte Ausbau der Wasserstraßen planmäßig fortgesetzt. Im Haushalt des Reichsschuld mußten für die Einlösung der Auslosungsrechte der Anleiheablösungsschuld 135,6 Millionen mehr als im Vorjahr eingestellt werden. Die Arbeiten für die Ablösung der alten Reichsanleihen werden, wie ich bestimmt hoffe, um die Mitte des Jahres abgeschlossen sein. Die Ablösung der Neubestimmungen wird in der nächsten Zeit beginnen. Beim Aufwertungsproblem ist an den Grundrissen der jetzigen Regelung festzuhalten. Wollte man die aus der Anleiheablösung hervorgegangenen sogenannten Auslosungsscheine in eine verzinsliche Anleihe umwandeln, so würde diese auf unabweisbare Zeit als schwerer Druck auf den Finanzen des Reiches lasten.

Für die Entschädigung der Liquidations- und Gewaltshäden sind 60 Millionen eingestellt. Vor einer Frage von ganz besonderer Schwere steht die deutsche Regierung bei der Entscheidung darüber, was geschehen kann, um die Schäden nach Möglichkeit auszugleichen, die durch die Liquidation deutschen Eigentums in Deutschland zugefügt worden sind. Die Schwierigkeiten unserer Staatswirtschaft nötigen hier zu einer schmerzlichen Zurückhaltung. Wir haben versucht und daran als unser gutes Recht geglaubt, daß der entscheidende Teil dieser Last in irgend einer Form aus den Anuitäten des Londoner Rates abgesehen werden müßte. Das Schiedsgericht im Haag hat sich der deutschen Auffassung nicht angeschlossen. Allerdings fügt das Urteil selbst hinzu, daß die Frage damit noch nicht entschieden sei, ob Gutachten, die Deutschland nach dem 1. September 1924 für den Wert der liquidierten Güter gegeben worden seien oder künftig gegeben würden, von den Jahresleistungen nach dem Londoner Pakt abzuziehen sind. Die deutsche Regierung prüft zur Zeit, welche Möglichkeiten sich hier bieten. In jedem Falle ist die Reichsregierung gewillt, diese Frage nicht ruhen zu lassen. Vor uns aber steht die Frage aus, wie wir wenigstens dringender Not der Geschädigten steuern können. Die Reichsregierung wird in aller Beschleunigung alle bestehenden Möglichkeiten prüfen.

Bei den Änderungen, die der Reichsrat an dem Haushaltsplan vorgenommen hat, handelt es sich um eine staatspolitische Frage ersten Ranges. Es bedeutet eine in ihrer Folge kaum übersehbare Belastung einer verantwortlichen Leitung der Reichsfinanzen, wenn der Reichsrat die Ausgaben seinerseits erhöht und glaubt, durch Überschätzung der Einnahmen Ausgabenwünsche decken zu können. Die Reichsregierung kann nur dem dringenden Wunsch Ausdruck geben, daß nicht durch Einbürgerung von Vorgängen dieser Art dem Reichshaushalt das unerlässliche Maß an Sicherheit entzogen wird.

Zur Frage des Finanzausgleiches

Führte der Minister u. a. aus: Die reichseigene Finanzverwaltung halte ich auch für die Zukunft durchaus erforderlich im Interesse sowohl unserer gesamten öffentlichen und privaten Wirtschaft. Innerhalb des Rahmens der großen Reichsfinanzverwaltung aber sollen die lebensfähigen Länder ein Eigenleben führen. Die richtige Verteilung der Steuermittel setzt einen Einblick in alle Möglichkeiten der Erparnis voraus, die noch in der öffentlichen Verwaltung gemacht werden können. Da die notwendigen und wertvollen statistischen Unterlagen verschiedener Art noch nicht beschafft sind, ist es im gegenwärtigen Augenblick ganz unmöglich, endgültige Vorschläge für den Finanzausgleich zu machen. Neben dem Zuschlagsrecht für Länder und Gemeinden drängen noch andere Fragen zur baldigen Entscheidung, so die reichsrechtliche Rahmentragung der Realbesteuerung, ein endgültiger Finanzausgleich setzt aber auch eine nicht von Krisen ergriffene private Wirtschaft voraus. Die Notlage der Landwirtschaft, die ungenügende Beschäftigung einer Reihe Industrien läßt die Einkommensteuer für große Teile des deutschen Reiches zu einem durchaus ungeeigneten Träger des deutschen Haushalts werden. Die Gewährung des Zuschlagsrechtes zur Einkommensteuer bedeutet nur dann einen auch der Wirtschaft dienenden Fortschritt in der Lösung des Finanzausgleichsproblems, wenn sie aufs engste verbunden ist mit einem Ausgleich der Steuerlasten innerhalb der Wirtschaft.

In dem Grundgedanken, die gegenwärtige Ordnung des Finanzausgleiches für die Übergangszeit im wesentlichen unverändert beizubehalten, sind Reichsrat und Reichsregierung eins. Eine Meinungsverschiedenheit besteht allerdings hinsichtlich der Behandlung der Umsatzsteuer. Die Reichsregierung war der Meinung, daß den Ländern als Gesamtgarantie ein Betrag gesichert werde, der von bisher 2,1 auf 2,4 Milliarden erhöht wird. Ich halte auch eine Erhöhung auf 2,6 Milliarden noch für vertretbar.

Der Minister kommt dann noch einmal auf die Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung zurück und unterstreicht, daß er die Tätigkeit des Sparkommissars nach Kräften fördern und unterstützen werde. Er werde alsbald das Erforderliche veranlassen, um ein Einvernehmen der für die Zusammenfassung und Vereinfachung in Betracht kommenden Instanzen herbeizuführen.

Die Aufgaben, so schloß Dr. Köhler, die uns in den nächsten Jahren gestellt sind, gehören zu den schwersten und härtesten, doch trotzdem scheint mir kein Raum zu pessimistischer Auffassung zu sein. Wir werden unsere Pflicht tun! Wissen

wir doch, daß all unsere Arbeit, alle unsere Mühe und Sorgen, alle die Entbehrungen unseres Volkes nur dem einen großen Ziele dienen: unserer Heimat, unserem Vaterland, das wieder in alter Freiheit vor uns erstanden soll!

Die Rede des Finanzministers rief namentlich in ihrem ersten Teile lebhafteste Bewegung im ganzen Hause hervor. Die Anknüpfung einer Besoldungsreform unter Ablehnung von dem bisherigen System der einmaligen Beihilfen wurde ebenso wie der übrige Teil der Rede von der Mehrheit beifällig aufgenommen.

Abg. Dr. Oetz (Soz.) betonte, die Hoffnung auf eine wesentliche Erleichterung der Lage für die gesamte deutsche Wirtschaft habe sich nicht erfüllt. Für die Unternehmerschaft sei das verfloßene Jahr allerdings ein Jahr wesentlicher Besserung geworden. Die Rohwarenmittelpreise seien unter dem Einfluß der Zoll- und Handelspolitik in die Höhe getrieben, und in der Landwirtschaft dadurch das Mißverhältnis zwischen Preisen und Kosten beseitigt worden. Noch günstiger sei die Entwicklung in der Industrie gewesen, und auch auf dem Kapitalmarkt habe sich die Lage erheblich gebessert. Das günstigste Bild zeige die Börse. Die Rationalisierung sei nach Methoden durchgeführt worden, die den Unternehmern alle Vorteile sicherten, der Gesamtheit aber alle Nachteile und alle Lasten aufbürdeten. Der Reallohn sei gesunken, obwohl die Leistungen der Arbeitskräfte sich wesentlich erhöht hätten. Um so verwerflicher sei der Widerstand der Unternehmer gegen den Achtstundentag und der Zwang zur Leistung von Überstunden. Ohne gleichzeitigen Abbau der Ausgaben sei eine Senkung der Steuern nicht möglich. In erheblicherem Umfang biete nur der Wehretat Erparnungsmöglichkeiten. Dringlich sei eine endgültige Regelung des Aufwertungsproblems. Die Sozialdemokratische Partei werde die Bestrebungen, dem Altbesitz eine verbesserte Aufwertung zuteil werden zu lassen, unterstützen. Die Anknüpfung auf Besoldungsreform sei zu begrüßen. Noch immer ruhe der größte Teil der deutschen Steuerlasten auf den Massen des Volkes. Weder forderte eine stärkere Anspannung der Hauszinssteuer und lehnte eine Mietsteigerung ab. Er wandle sich dann noch gegen das Zentrum, das sich in eine Verbindung mit denjenigen eingelassen habe, die die Republik zu einer Republik des Geldhacks machen wollten.

Abg. Dr. Oberjörgen (Dnl.): Reichsfinanzminister Dr. Reinhold habe sein Amt übernommen mit 900 Millionen Reserven und er lasse jetzt einen Etat zurück, der überhaupt keine Reserven mehr aufweist. Herr von Schlieben habe gar nicht die Deflationierungspolitik getrieben, die man ihm vorwarf. Er habe vielmehr die steuerliche Überpannung vermindert, die unter dem Finanzminister Dr. Lutzer herrschte. Die Besserung der Konjunktur sei nicht ein Erfolg der Reinhold'schen Finanzpolitik gewesen. Durch die Erfüllung der Aufgabe, daß alle Lasten der Erwerbslosenfürsorge vom Reich übernommen werden sollen, würden die Reichsfinanzen in eine geradezu katastrophale Lage kommen. Die Pläne des neuen Ministers Dr. Köhler auf Vereinfachung der Steuererhebung sind volle Unterstützung der Deutschen Nationalen. Man muß schließlich zu vier Steuerzahlungsterminen im Jahre kommen. Ganz falsch ist die Behauptung, daß der landwirtschaftliche Großgrundbesitz bei der Steuerveranlagung absichtlich begünstigt werde. Die Hinausschiebung des endgültigen Finanzausgleichs läßt sich nicht vermeiden, weil das Zuschlagsrecht der Länder und Gemeinden in nächster Zeit noch nicht eingeführt werden kann. Die Senkung der Reichssteuer bleibt unwirksam, wenn nicht auch die Realsteuern der Länder und Gemeinden gesenkt werden. Die Gesamtbelastung der Wirtschaft muß so gesenkt werden, daß jede Steuer allein aus dem Ertrag gedeckt werden kann, ohne Eingriff in die Substanz. Eine grundsätzliche Neuregelung der Aufwertungsfrage müßten wir ablehnen. Der neue Reichsfinanzminister hat die Lage geschätzt, wie sie wirklich ist. Wir werden ihn unterstützen, auch bei seinen Bemühungen zur Drosselung der Ausgaben. Die Reichstagsparteien sollten sich dabei dem Beispiel des englischen Parlaments anpassen, in dem die Forderung neuer Ausgaben ohne Deckung verpönt ist.

Gegen 6½ Uhr wurde die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr verlagert.

Die Reichseinnahmen im Januar

Nach der vom Reichsfinanzministerium veröffentlichten Übersicht betragen die Reichseinnahmen aus fortwährenden Steuern im Januar 526.393.467 RM. (für die Zeit vom 1. April 1926 bis 31. Januar 1927 3.984.498.348 RM.). Die Einnahmen aus einmaligen Steuern im Januar betragen 2.202.309 (43.386.128). Insgesamt gingen aus dem Beitrag der Verkehrssteuern im Januar 528.595.776 Reichsmark (4.027.884.476) ein. Die Einnahmen aus verpfändeten Zöllen und Verbrauchsabgaben betragen im Januar 229.905.624 RM. (1.960.129.002), aus anderen Zöllen und Verbrauchsabgaben im Januar 5.062.307 (48.559.894). Insgesamt gingen aus Zöllen und Verbrauchsabgaben ein im Januar 234.967.931 (2.028.688.897). Aus sonstigen Abgaben gingen im Januar ein 8839 (214.888). Der Wehrettrag aus Steuern, Zöllen und Abgaben für Januar beläuft sich auf 783.548.168 (6.056.788.262).

Das deutsch-französische Handelsprovisorium

Das deutsch-französische Handelsvertragsprovisorium ist wie gemeldet, um drei Monate verlängert worden. Die Franzosen haben das Recht, mit zehntägiger Frist das Abkommen zum 31. März zu kündigen, wenn die spätestens am 2. März wieder eingehenden deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, die sich zuerst auf eine Prüfung der Grundlagen des zukünftigen Handelsvertrages erstrecken sollen, im weiteren Verlaufe nicht diese Änderungen berücksichtigen, die die französische Regierung nach dem 1. April einzuführen wünscht. Es handelt sich hier um die Frage der Weineinfuhr nach Deutschland.

Der Fahrpark der Deutschen Reichsbahn. Auf der Deutschen Reichsbahn mit ihren 53 000 Kilometer Betriebslänge rollen über 800 000 Fahrzeuge, die, aneinandergereiht, eine Schlange von über 8000 Kilometer Länge bilden würden, eine Entfernung von Paris über Berlin und Moskau bis zum Baku-Kanal. Der Wagenpark stellt ein ungeheures Kapital dar, das auf etwa 16,8 Millionen Reichsmark beziffert wird, das sind 80 Proz. des Anlagekapitals der Reichsbahn. Am Ende des Jahres 1925 bestand der Fahrpark der Reichsbahn aus: 27 000 Lokomotiven mit einem durchschnittlichen Lebensalter von 12 Jahren, 1000 Triebwagen (13 Jahren), 63 900 Personenwagen (17½ Jahren), 21 800 Gepäckwagen (14½ Jahren), 690 000 Güterwagen (13 Jahren), darunter 446 000 offene Güterwagen und 230 300 geschlossene.

Neuprägung von Reichsmünzen. Nach einer Veröffentlichung des Reichsfinanzministeriums wurden im Jan. 750 000 Ein- und 11 600 000 Mark Zweimarkstücke neu geprägt. Insgesamt sind gegenwärtig im Umlauf 290 482 004 Mark Ein-, 194 427 095 Mark Zwei-, 152 269 800 Mark Drei- u. 8 421 800 Mark Fünfmarkstücke, ferner 2 795 005,57 Mark Ein- 5 000 077,02 Mark Zwei-, 27 681 863,20 Mark Fünf-, 56 955 858,50 Mark Zehn-, und 109 887 314 Mark Zehnjährigstücke.

Politische Neuigkeiten

Eine Rede des Reichswehrministers

Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann am Mittwoch die Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums 1927.

Berichterstatter Abg. Stüden (Soz.) kritisierte die Art der Anforderungen und die Mehrforderungen dieses Etats. Eine Erparnis bedeute der Bericht auf einen Staatssekretär. Aber er beantragte die Wiedereinstellung des Staatssekretärs, der die politische Verantwortung für den Heeresetat in Vertretung des Ministers übernehmen müßte. Redner sprach von der Herkunft von Mitteln für gewisse Gasfabriken und berührte auch die russischen Fragen. Er fragte weiter, wie die Verbindung der Wehrverbände mit der Reichswehr gelöst werde und wie die Rekrutierungsfrage der Reichswehr gelöst werden soll. Redner verlangte dann eine Regelung des Anwerbewesens für die Offiziersanwärter der Reichswehr, die alle Länder und Stämme des deutschen Reiches gebührend berücksichtigen.

Reichswehrminister Dr. Gessler führte aus, daß er während der vielen Jahre seiner Amtszeit seiner Schwierigkeit aus dem Wege gegangen sei. Aber er habe es für zweckmäßig gefunden, die Aufklärung aller Schwierigkeiten nicht der breitesten Öffentlichkeit vorzulegen. Es lag stets die Gefahr vor, daß jedes Wort des Reichswehrministers insbesondere im Ausland entstellt und dann tendenziös verarbeitet wurde. Der Minister sprach sich dann gegen die Schaffung einer besonderen Staatssekretär-Stelle im Reichswehrministerium aus. Der Staatssekretär soll der sachliche Berater des Ministers sein. Entsprechend dem Abkommen mit der Entente ist aber neuerzeit ausdrücklich festgelegt worden, daß die Berater des Reichswehrministers der Chef der Heeresleitung und der Chef der Marineleitung sein solle.

An dieser Stellung des Chefs der Heeresleitung, die nach langwieriger Verhandlung mit der Entente geschaffen worden ist, könne von deutscher Seite aus allein nichts geändert werden. Der Minister verwies dann auf die fieberhafte Rüstung der Nachbarstaaten Deutschlands. Zur Frage der Wehrverbände erklärte der Minister, daß das Reichswehrministerium allen diesen Verbänden fern liege. Dagegen könne es durchaus verstanden werden, wenn sich in Deutschland Sport- und Turnvereinigungen bilden, um die körperliche Erziehung der Jugend, die früher durch die allgemeine militärische Dienstpflicht gesichert, auf einem anderen Gebiete zu erreichen. Es sei das Recht jedes deutschen Staatsbürgers, sich in seiner freien Zeit an unpolitischen Sport- und Turnvereinigungen zu beteiligen. Dieses Recht könne auch dem Soldaten nicht genommen werden. Das was von geheimen Rüstungen der Reichswehr gefaselt werde, sei nichts als ein Phantom. Mit Bestimmtheit könne der Reichswehrminister versichern, daß geheime Rüstungen weder in Deutschland, noch in irgend einem andern Lande der Welt möglich seien. Sie forderten einen derartigen umfangreichen Aufwand an Material und Kosten, daß sie unmöglich im geheimen betrieben werden können. Anders verhalte es sich mit den Maßnahmen der Heeresverwaltung, die im Rahmen der Verfügung des Vertrages von Versailles liegen. Das Reichswehrministerium habe stets die Pflicht, an die Möglichkeit eines Krieges zu denken, wenn auch der Krieg selbst ganz unwahrscheinlich sei. Die Absichten unserer Nachbarstaaten seien ja nicht unbekannt. Es handle sich anscheinend für sie vor allem darum, daß sie möglichst rasch und möglichst tief am ersten Tage des Krieges nach Deutschland hineinstoßen. Daß Deutschland unfähig zu jedem Angriffskrieg sei, werde jedem militärischen Fachmann des In- und Auslandes klar. Nach 1924, als die riesige Arbeitslosigkeit entstand, zeigte sich ein ungeheurer Judrang zur Reichswehr. Die Anwärter lassen sich in drei Gruppen einteilen, einmal diejenigen, die aus Lust und Liebe zum Soldatenberuf sich beim Militär melden, das sind für die Reichswehr die wertvollsten; die zweite Gruppe setzt sich aus Leuten zusammen, die aus Grund ihres Zwiwischenstandes in die mittlere Beamtenlaufbahn hineinkommen wollen. Die dritte Gruppe endlich ist für die Reichswehr die unbrauchbarste: es sind die Leute, die von den Arbeitslosenunterstützung fort wollen, allerdings in der Absicht, bei nächster Gelegenheit auch wieder zu gehen. Heute ist die Sachlage derart, daß höchstens 3-6 Proz. der Anmelgenden genommen werden können. Wenn wir dem Hauptmann die Möglichkeit der Rekrutierung nehmen, können wir ihn auch für seine Leute nicht mehr verantwortlich machen.

Es ist neuerdings angeordnet worden, daß unter den Offizieren des Anwärterausbaus eine Befähigung der Landesverwaltung sein muß, daß der Betreffende sich niemals im verfassungswidrigen Sinne betätigt habe. Beim Offiziersersatz hat sich eine analoge Entlohnung gezeigt.

Die Wirtschaftliche Vereinigung

In der am Mittwoch in Berlin abgehaltenen Fraktionsführung der Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung äußerte sich der Abg. Alpers zu den Berichten, die in einigen Zeitungen über seine Rede auf der Kaiser Tagung des Reichsbundes deutscher Fabrikanten erschienen sind. Nach diesen Berichten soll der Abg. Alpers die Wirtschaftspartei, mit der die Deutsch-Hannoverschen und der Bayerische Bauernbund eine Fraktionsgemeinschaft bilden, „das Produkt politischen Stumpfinnes“ genannt und eine baldige Auflösung der Fraktionsgemeinschaft angekündigt haben. Abg. Alpers erklärte, in der Fraktion, seine Rede sei nicht richtig in der Presse wiedergegeben worden. Er habe nicht in dem erwähnten Zusammenhang von der Wirtschaftspartei, sondern vor anderen wirtschaftlichen Strömungen gesprochen und ausdrücklich betont, daß seine Kritik auf die Wirtschaftspartei nicht zutreffe, weil diese ein politisches Programm besitze. Der Ausdruck „zerrüttete Ehe“ sei auch nicht von ihm, sondern von den Gegnern der Fraktion angewandt worden. Im übrigen habe er in Kassel nur für eine Person gesprochen und weder mit dem Bayerischen Bauernbund, noch mit seinen eigenen Deutsch-Hannoverschen Parteifreunden deswegen vorher Fühlung genommen. Die Fraktionsführung nahm die Erklärungen des Abg. Alpers zur Kenntnis, und es wurde festgestellt, daß nach dieser Erklärung das harmonische Zusammenarbeiten der drei Parteigruppen in der Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung ungehindert fortgesetzt werden könnte.

Drohende Regierungskrise in Sachsen

Sachsen steht vor einer Regierungskrise. Bei der Bildung des Kabinetts hatte Dr. Lehne das Innenministerium nur interimsweise übernommen, weil er auf seinen Posten als Direktor der Sächsischen Bank zurücktreten will. Als sein Nachfolger galt von vornherein Dr. Kütz, mit dessen Ausscheiden aus der Reichsregierung schon damals gerechnet werden konnte. Dr. Lehne hat seinen Abschied genommen, nachdem die Deutschen Nationalen, auf die ja das sächsische Ministerkabinett ebenfalls mit angewiesen ist, ihren anfänglichen Widerstand gegen Dr. Kütz aufgegeben hatten. Nun aber liegen die vier Abgeordneten der Aufwertungspartei vorfinden, daß Dr. Kütz für sie untragbar sei, da er das Volksbegehren in der Aufwertungsfrage abgelehnt habe.

Dadurch sind die Demokraten vor die Kabinettsfrage gestellt. Wenn sich also die vier Abgeordneten der Aufwertungspartei nicht noch bestimmen (der Ministerpräsident hat um eine Erklärung zur Kandidatur Kütz bis Freitag ersucht), dann ist der Ausbruch der Regierungskrise unvermeidlich.

Die Vorgänge im Evangelischen Bund

Am 14. und 15. Februar war aus Anlaß der neuesten Vorgänge in der Zeitung des Evangelischen Bundes und besonders des Austritts des ersten Präsidenten D. Dörfling von seinem Posten der erweiterte Zentralvorstand des Evangelischen Bundes in Berlin zusammentreten. Es wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: „Der erweiterte Zentralvorstand des Evangelischen Bundes billigt uneingeschränkt das gesamte Verhalten des Präsidiums. Er betont mit vollem Ernst, daß irgendwelche politischen oder kirchenpolitischen Absichten oder Rücksichten in der ganzen Frage keinerlei Rolle gespielt haben. Er erklärt dabei nachdrücklich, daß von irgend einer Richtungsänderung im Evangelischen Bund oder von irgend einer Umschichtung in der Frage der konfessionellen Auseinandersetzungen keine Rede sein kann.“

Die Finanzlage Oessens

Die hessische Landesregierung hat in Berlin Anträge auf Reichshilfe zugunsten des besetzten Gebietes gestellt. Es handelt sich dabei nicht um Darlehen, sondern um direkte Bewilligung von Reichsmitteln. Der „Deutsche Volksfreund“ hebt hervor, wie enorm der finanzielle Druck der englischen und französischen Besatzung sich auswirkt und gibt dafür folgende amtliche Zahlen:

Während im preussischen besetzten Gebiet nach der letzten Zählung auf 10 000 Einwohner 181, in der Pfalz 169 Besatzungsangehörige kommen, entfallen in Oessens auf 10 000 Einwohner 420 Angehörige des französisch-englischen Besatzungsheeres. Schwerer leidet auch heute noch die Wirtschaft Oessens unter den Nachwirkungen des Ruhrkrieges. In Mainz kamen am 1. Dezember 1926 auf 1000 Einwohner 47 nichtausgesteuerte Arbeitslose, während der Durchschnitt für die deutschen Großstädte 35 auf 1000 Einwohner beträgt. Geradezu tragisch ist noch immer die Lage Offenbachs. Während die deutschen Mittelstädte, zu denen Offenbach zählt, im Durchschnitt auf 1000 Einwohner 28 Arbeitslose aufweisen, entfielen in Offenbach am 1. Dezember 1926 rund 72 nichtausgesteuerte Arbeitslose auf 1000 Einwohner.

England und China

Zum Abbruch der Verhandlungen zwischen dem Außenminister der Kantongregierung Tschen und dem englischen Bevollmächtigten O'Malley wird aus London gemeldet, daß soviel neue Punkte, Bedingungen und Vorbehalte von den Kantonesen vorbereitet worden seien, daß die Frage, ob ein örtliches Abkommen betreffend die Konzessionen von Gantau und Kiangang unterzeichnet werden könnte oder nicht, wieder vollkommen dunkel ist. O'Malley hat um neue Instruktionen gebeten. In amtlichen Kreisen wird zugegeben, daß man völlig auf einem toten Punkt angekommen sei.

W.D. London, 17. Febr. (Tel.). Der Berichterstatter der „Daily Mail“ in Schanghai meldet, die Vorhuttruppe der Kantonesen befindet sich ungefähr 10 Meilen von Schanghai. Der normale Eisenbahnverkehr auf der Linie Schanghai-Schanghai ist eingestellt. Zwölf Lokomotiven und 400 Waggons sind nach Schanghai beordert worden, um den Rückzug der Truppen des Marfchalls Suntschuanfang zu erleichtern. Die Verluste in den Kämpfen waren für chinesische Verhältnisse ungewöhnlich groß.

Die Lage in der mitteldeutschen Metallindustrie. Der vom Schlichtungsausschuß in Halle gefällte Schiedsspruch, der die Beibehaltung der bisherigen 54stündigen Arbeitszeit bis zum 31. März 1927 bestimmt, ist nach erneuten Verhandlungen am Montag in Magdeburg als verbindlich erklärt worden. Damit ist die Streikgefahr in der mitteldeutschen Metallindustrie aufgehoben. Die Verbindlichkeitsklärung bezieht sich auf das Tarifgebiet Halle, Magdeburg, Anhalt. — Was Sachsen anlangt, so haben die Leipziger Metallarbeiter mit 17 000 gegen 8000 Stimmen den in Dresden gefällten Schiedsspruch abgelehnt.

Kurze Nachrichten

Das Reichskabinett trat am Mittwoch zu einer erneuten Sitzung zusammen und erledigte u. a. nach eingehender Aussprache den Gesetzentwurf zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung.

Die Not der Kleinrentner. Zur Behebung der Not der Kleinrentner hat die Demokratische Reichstagsfraktion einen Antrag eingebracht, in dem die Reichsregierung ersucht wird, die Kleinrentner der Reichsregierung für die nächsten drei Jahre vorzulegen, das den verarmten Kleinrentnern einen Rechtsanspruch auf laufende Rente gibt unter Berücksichtigung des Kulturminimums neben dem Existenzminimum.

Der Erzbischof von Neuron, Dr. Raphael Walzer, der zur Zeit die Vereinigten Staaten bereist, wurde am Mittwoch in Washington von dem deutschen Vizekonsul dem Präsidenten vorgestellt. Auf der deutschen Botschaft fand anschließend ein Frühstück statt, zu dem zahlreiche führende Persönlichkeiten des katholischen Lebens zu Ehren des Erzbischofes geladen waren.

Karl v. Opel 4. Der Seniorchef der bekannten Fahrzeug- und Automobilwerke Adam Opel-Küßelsheim, Kommerzienrat Karl v. Opel ist in seinem Frankfurter Heim nach kurzer Krankheit im Alter von 57 Jahren unerwartet rasch verstorben.

Der Wettbewerb um Entwürfe für das Völkerbundspalais. Bis jetzt sind dem Generalsekretariat des Völkerbundes in Genf 925 Entwürfe für den Bau des künftigen Völkerbundspalais zugegangen. Da der Wettbewerb am 26. Januar geschlossen wurde, dürften die meisten Entwürfe nunmehr eingegangen sein.

Die „Lobzer Volkszeitung“ beschlagnahmt. Der „Vorwärts“ meldet aus Warschau: Das Organ der „deutschen sozialistischen Partei Polens, die „Lobzer Volkszeitung“ ist wegen Abdrucks eines Artikels des deutschen Sejmabgeordneten Franz unter dem Titel: „Was in Polen nicht alles konfisziert wird!“ beschlagnahmt worden.

Bayreuth 1927. Die Verwaltung der Bühnenfestspiele in Bayreuth teilt uns mit, daß für die diesjährigen Bühnenfestspiele, die vom 19. Juli bis 20. August stattfinden werden und für welche drei Aufführungen des Ring, 5 von Tristan und 6 von Parsifal vorgesehen sind, als Dirigenten gewonnen wurden: Die Herren Generalmusikdirektor Dr. Paul für Parsifal, Franz v. Höpflin für den Ring und Karl Emenndorff für Tristan. Die Ehre leitet Professor Hugo Rödel, Staatsoper- und Domchor-Direktor, Berlin. Als Solisten wurden erste deutsche Kräfte verpflichtet.

Vom Württembergischen Landestheater. Zum Oberspielleiter der Oper an den württembergischen Landestheatern in Stuttgart, als Nachfolger des nach Dresden verschiedenen Dr. Gehardi, wurde Harry Stangenberg, der Oberregisseur der Königlich-dänischen Hofoper in Stockholm berufen. Er wird seine Stelle mit Beginn der neuen Spielzeit antreten.

Badischer Teil

Badischer Landtag

28. Karlsruhe, den 16. Febr.

In der Nachmittags-Sitzung des Landtages wurde die Aussprache über

die Steueranträge

fortgesetzt. Abg. Bod (Komm.) meint, in dem Irrgarten der Steuer-gesetzgebung lenne sich kein gewöhnlicher Sterblicher mehr aus. Eine Senkung der Vermögenssteuer lehnt er rundweg ab und macht auch gegenüber den sonstigen Anträgen eine Reihe von Vorbehalten.

Abg. Häder (Soz.) fordert Stabilität der Steuergesetze. Es sei erfreulich, daß sich der neue Reichsfinanzminister auf den Weg der Vereinfachung begeben will. Den Antrag Dr. Mattes betr. die Vermögenssteuer lehnt die sozialdem. Fraktion ab, den Anträgen betr. die Wirtschaftsbelastung und Vergleichsbetriebe stimmt sie zu.

Abg. von Au (Würg. Vgg.) sieht auf dem Standpunkt, daß die Landtage verpflichtet seien, zu wichtigen Fragen der Wirtschaft Stellung zu nehmen, auch wenn sie zum Aufgabekreis der Reichsgesetzgebung gehören. Man möge auch die Antragsteller auf der rechten als Männer betrachten, die im Interesse der Wirtschaft Forderungen stellen. Der Redner verweist in einer Polemik gegen den Abg. Bod auf un-gerechte Auswirkungen der Vermögenssteuer insbesondere für die Hausbesitzer. Er beantragt, den Antrag Dr. Mattes in einer Fassung anzunehmen, die sich auf zwangsbewirtschaftete Grundstücke bezieht.

Abg. Weiskopf (Ztr.) trägt Material aus dem badischen Oberlande vor, um zu zeigen, daß tatsächlich Mißstände hinsichtlich der Güterbewertung vorhanden seien. Den Landwirten verheißt unter solchen Umständen die Lust und Liebe zur Arbeit.

Abg. Dr. Glodner (Dem.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zu den Ausschlußbeschlüssen. Ein Urteil in Sachen der Vermögenssteuer sich zu bilden, sei in der Tat recht schwer. Von neuem werde der Wunsch nach einer Steuer-tätigkeit laut. Beim Antrag Dr. Mattes, der einen berechtigten Kern habe, werde man Stimmhaltung üben, da sich seine Tragweite nicht übersehen lasse und er in gewissem Grade die Frage des Finanzausgleichs berühre.

Finanzminister Dr. Schmitt:

Den Standpunkt der Regierung haben die Berichterstatter bereits bekanntgegeben. Gegenüber dem Neuen, was vorge-tragen wurde, ist Zurückhaltung geboten. Es handelt sich um eine zu schwierige Materie, als daß unsere Finanzfach-verbändigen gegenüber neu vorgebrachten Zahlen rasch eine zuverlässige Antwort geben könnten. Das ihm zur Verfügung stehende Material lasse keinesfalls den Schluß zu, daß eine Steigerung des Steuerwertes der landw. Grundstücke stattgefunden hat. Die Güterbewertung der Häuser habe seinen Grund in dem höheren Ertragswert. Die Frage sei nur die, ob das Maß der Erhöhung der Besteuerung die richtige ist. Eine Steuererhöhung aufzunehmen, werde nur im Benehmen mit dem Landesfinanzamt möglich sein.

Nach dem Schlußwort der Antragsteller Dr. Mattes und Dr. Föhr wird Artikel 1 des Antrags Dr. Mattes betr. Erlass von zwei Vierteln der Vermögenssteuer für 1925 abgelehnt und gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten der Gesamtantrag des Abg. von Au angenommen, der die Nachzahlungen auf die Vermögenssteuer für zwangsbewirtschaftete Grundstücke für 1925 erlassen oder, soweit sie bereits geleistet sind, auf die Steuerlast von 1926 angerechnet werden soll.

Ziffer 2 des Antrags Dr. Mattes betr. Senkung der Ver-mögenssteuer wird mit 37 gegen 17 Stimmen der Volks-partei und Bürgerl. Vereinigung bei 4 Stimmenthaltungen (Demokr.) gleichfalls abgelehnt.

Im übrigen stimmte das Haus den Ausschlußanträgen zu. Abg. Häder (Soz.) berichtet über den Administrativkredit von 10 000 M. zugunsten der

Badischen Lichtspiele.

Abg. Habermehl (Bürgerl. Vgg.) wendet sich dagegen, daß die Monopolstellung der Bad. Lichtspiele dazu führt, den guten Anlaß der Privatunternehmern zu unterbinden. Der Redner fußt darauf, daß das Unterrichtsministerium den Schulen den Kollektivbesuch von Lehrfilmen in privater Hand verboten habe.

Abg. Dr. Föhr (Ztr.) bemerkt, das Verbot sei wohl darauf zurückzuführen, daß etwas zu viel getan wurde.

Der Kredit wird nachträglich bewilligt.

Abg. Fischer-Unterlaichingen (Ztr.) begründet einen An-trag auf Errichtung einer

Fußballschule in Waldbütt.

Das Haus stimmt auf Vorschlag des Berichterstatters Weiskopf (Ztr.) folgenden Antrag zu:

„Die Regierung wolle prüfen, ob eine weitere Fußball-schule zu errichten ist, und bejahendenfalls Waldbütt und den Kreis Malsbach in Berücksichtigung ziehen.“

Damit war die Tagesordnung erschöpft. — Eingegangen ist ein Initiativantrag des Zentrums, wonach in den Städten auch Oberlehrer zu Schulrektoren ernannt werden können. Eine finanzielle Auswirkung ist damit nicht verbunden.

Die nächste Sitzung findet statt, sobald aus den Ausschüssen wieder Verhandlungsstoff vorliegt.

Schluß 1/7 Uhr.

Der Verfassungsausschuß

hat sich konstituiert und zum Vorsitzenden den Präsidenten Dr. Baumgartner (Ztr.) gewählt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Abg. Maier-Heidelberg (Soz.), zum Schriftführer Abg. Kläber (W. Vgg.) gewählt. Zu den Beratungsgegenständen des Ausschusses gesellen sich noch der Antrag Dr. Oberkircher betreffend Änderung des Landtagswahl-gesetzes, sowie die vom Landtag 1925/26 übernommenen Ge-suche des Badischen Städteverbandes und des Badischen Städtebundes betreffend Mitwirkung der Gemeinden bei der Gesetzgebung, und der Wirtschaftlichen Vereinigung der Unter-nehmerverbände, Abteilung Baden, betreffend Errichtung eines badischen Landeswirtschaftsrates. — Vom Badischen Städteverband ist neuerdings eine Eingabe in Sachen der Kraftfahrzeugsteuer eingegangen.

Die Bürgerliche Vereinigung stellt folgenden Antrag: Der Landtag beschließe, die Regierung zu ersuchen, daß das Ba-denwerk beantragt werde, alsbald das gesamte Projekt, das es in Angriff genommen hat und weiterhin plant, in seinen Hauptzügen und Bestandteilen mitzuteilen und dazu im Über-schlag anzugeben, welchen Aufwand die Ausführungen erfordern würden.

Die Prüfung der Handarbeitslehrerinnen

In der Zeit vom 28. bis 30. März 1927 findet am Hand-arbeitslehrerinnen-Seminar in Karlsruhe eine zweite Prü-fung für Handarbeitslehrerinnen statt. Anmeldungen mit den vorgeschriebenen Zeugnissen und sonstigen Nachweisen sind bis spätestens 1. März 1927 beim Ministerium des Kultus und Unterrichts einzureichen.

Arbeitsgemeinschaft der Presse Badens

Die beiden Berufsorganisationen der Presse Badens der Verleger und der Redakteure, haben eine Bezirksarbeitsge-meinschaft der Presse Badens gegründet. Die von beiden Organisationen bestimmten Vertreter hielten die konstituierende Sitzung am Freitag, den 11. Februar in Mannheim ab.

Die Bezirksarbeitsgemeinschaft ist die badische Teilorgani-sation der Reichsarbeitsgemeinschaft, welche als gemein-same Spitzenorganisation der ganzen deutschen Presse deren Gesamtinteressen nach außen sowohl wie im inneren Ver-hältnis der beiden Vertragsparteien, des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Zeitungsgewerbe (Verlegerseite) und des Reichsverbandes der deutschen Presse (Redakteurseite) zu vertreten hat. Die Bezirksarbeitsgemeinschaft hat dieselbe Aufgabe für das Land Baden. Der Vorstand der Bezirksarbeitsgemeinschaft der Presse besteht aus sechs ordentlichen Mitgliedern, welche im Verbindungsfalle von ebensoviele Ersatzmitgliedern vertreten werden können. Die ordentlichen Mitglieder sind gegenwärtig auf Verlegerseite die Herren Hermann Koelblin-Baden-Baden, Vorsitzender des badisch-pfälzischen Verlegervereins, Verleger Heinrich Gütermann-Mannheim, Verleger Joseph Schlier-Masatt, auf Redakteur-seite die Herren Chefredakteure Alfred Scheel, Ehrenvorsitzen-der des Landesverbandes der badischen Presse, Redakteur Georg Daller, Geschäftsführender Vorsitzender des Landesver-bandes (Mannheim), Chefredakteur Kurt Amend-Karlsruhe. Die stellvertretenden Mitglieder sind auf Verlegerseite: Die Herren Johner-Karlsruhe, Ortman-Freiburg, Tiergarten-Karlsruhe, auf Redakteurseite die Herren Dr. Englam-Mannheim, Meyer-Karlsruhe, Bittrich-Freiburg.

In der obengenannten konstituierenden Sitzung unter Vor-sitz des Verlegervertreters Direktor Johner-Karlsruhe und stellv. Vorsitzender des Redakteurvertreters, Chefredakteur Scheel-Mannheim, wurden zunächst die für Bezirksarbeits-gemeinschaften allgemein vorgesehenen Normalsatzungen als Provisorium angenommen. Über den Vorstoß der Bezirksarbeitsgemeinschaft für das erste Jahr wurde durch Los ent-schieden. Es fiel auf den Führer der Verlegergruppe, Herrn Hermann Koelblin. Stellv. Vorsitzender ist danach der Füh-rer der Redakteurgruppe, Chefredakteur Alfred Scheel. Im nächsten Jahr wird dann vereinbarungsgemäß der Vor-sitzende von der Redakteurseite, der stellv. Vorsitzende von der Verlegerseite bestimmt. Über die Geschäftsstelle wurde ver-einbart, daß zunächst der jeweilige Vorsitzende eine dazu ge-eignete Kraft mit ihrer Verwaltung betrauen soll, bis eine endgültige Vereinbarung aufgrund der inzwischen gemachten Erfahrung möglich wird.

Mit der Gründung der Bezirksarbeitsgemeinschaft verfügt nunmehr die Presse Badens über ein ihr Gesamtinteresse vertretendes Organ, an welches sich sowohl die Angehörigen der Presse wie die Allgemeinheit wenden können.

Milderung der Fahrplaneinschränkung

Wie der Badische Verkehrsverband mitteilt, werden die bis-umstrittenen, im Kursbuch nur bis zum 28. Februar vorge-sehene Schwarzwaldbahnen D 152/153 auch weiterhin beibe-halten werden. Die beiden Bahnen stellen bekanntlich eine Mor-genverbindung Offenburg-Konstanz bzw. eine Spätverbin-dung Konstanz-Offenburg dar. Darüber hinaus vermitteln sie mit durchlaufenden Wagen wichtige Verbindungen mit Nordbaden, dem Rheinland u. Holland. Eine weitere, schmerz-lieh empfundene Fahrplankürzung wird dadurch beseitigt, daß der Nachzug D 69 von Frankfurt, der Pfalz und von Strahburg über Stuttgart nach München ab 1. März wieder zur Durch-führung gelangt.

Zum Lohnschiedsspruch in der badischen Textilindustrie

28. Freiburg, 16. Febr. Von Arbeitgeberseite wird uns mitgeteilt: Die Arbeitgeber berieten heute in einer sehr stark besuchten Versammlung eingehend über die Möglich-keiten der Durchführung des für die badische Textilindustrie ergangenen Schiedsspruches. Ohne zur wirtschaftlichen Trag-barkeit des Tarifes Stellung zu nehmen, stellte die Mitglie-derversammlung fest, daß der Schiedsspruch für die badische Textilindustrie, der vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden ist praktisch und lohnrechtlich vollkommen untragbar ist. Der Schiedsspruch regelt die Zeitlöhne und läßt die künftige Bezahlung der Akkordarbeiter vollkommen offen. So ist es unermessbar, daß selbst bei einem Verzicht der Durchführung des Tarifes überall die größten Differen-zen und Unklarheiten in der Lohnzahlung entstehen müssen. Die Mitgliederversammlung stellte ihre Entscheidung über die zu treffenden Maßnahmen zunächst zurück, damit mit dem Gewerkschaften nochmals darüber verhandelt wird, wie weit sich die Durchführung des Schiedsspruches überhaupt ermög-lichen läßt. Bis dahin sollen auch Abänderungen der Ar-beitsverträge und Stilllegungen einzelner Betriebe ausgefacht bleiben.

Gemeinde-Rundschaue

Der neugewählte Bürgerausschuß Bruchsal trat Donner-stag abend erstmals zusammen; sämtliche sieben Vorlagen wurden genehmigt, darunter die Errichtung einer landwirt-schaftlichen Kreiswinterschule in Bruchsal, nachdem die Schule in Graben überfüllt ist. Die Stadt stellt die nötigen Räume in der ehemaligen Dragonerkaserne zur Verfügung und über-nimmt die weiteren ihr obliegenden Verpflichtungen.

Das vorläufige Bauprogramm der Stadt Bilingen für 1927 gestaltet sich nach einem Bericht des Oberbürgermeisters Lehmann folgendermaßen: Nachdem noch nicht feststeht, welche größeren Mittel von Reich und Land für den Wohnungsbau flüssig gemacht werden, auf dem Schwarzwald aber möglichst frühzeitig mit dem Bauen begonnen werden muß, sollte sei-tens der Stadt zunächst 600 000 Mark bereitgestellt werden, mit welchen, je nach Größe, 70-80 Wohnungen durch Hin-gabe öffentlicher Baudarlehen und auch verbilligter Hypothe-ken gefördert werden können. Während von obiger Summe 80 000 Mark als Anteil der Stadt an der Gebäuförder-steuer und der gleiche Betrag nach Rücküberweisung des staat-lichen Anteils als Darlehen aufgebracht werden, wird der Restbedarf durch eigene bezw. auf dem allgemeinen Kapital-markt zu beschaffende Mittel von der Stadt gedeckt werden müssen. Die Beheizung der Wohnungsneubauten erfolgt bis zu 100 Prozent des Friedensbauwertes und zu 40 Prozent durch vorangehende erste Hypothek; das Baudarlehen wird je-doch höchstens 8000 Mark, die erste Hypothek höchstens 4000 Mark, zusammen also im Maximum 10 000 Mark betragen, da es einerseits nach alter Erfahrung untragbar erscheint, daß jemand nur mit fremden Mitteln ein Eigenhaus baut und andererseits eine wesentliche Verbilligung des Bauens einzu-treten ist. Doch sollen nicht nur die Erbauer von Eigenhei-men, sondern auch die von Mietswohnungen unterfrüht wer-den. Außerdem soll eine Anzahl Notwohnungen durch die Stadt erstellt werden, um die aus der Forderung der Finanz-wirtschaft sich ergebenden Folgen zu beheben.

Der Bürgerausschuß Malsch (Ettlingen) genehmigte einen außerordentlichen Holzschlag von 5000 Festmetern zur Förderung des Heimwohnungsbaues mit allen gegen eine Stimme der Landtagsmitglieder. Desgleichen wurde u. a. der Vorschlag des Gas- und Elektrizitätswerkes für das Jahr 1926 auf 27 einstimmig angenommen.

Aus der Landeshauptstadt

Karlsruher Dankbesuch in Saarbrücken. Der bereits für das letzte Jahr vorgesehene Dankbesuch der Karlsruher Organisationen, die Träger der Heimattage und Heimatabende waren, im Saarland, ist auf den 7. und 8. Mai d. J. festgesetzt worden. Der Besuch wird nach Saarbrücken und in dessen Umgebung führen. Unter anderem ist die Besichtigung eines großen Gürtelwerkes vorgesehen. Es wird mit einer starken Beteiligung gerechnet.

Künstlerische Werbung des Badischen Verkehrsverbandes. Der Badische Verkehrsverband hat einen Entwurf des Direktors des Ausstattungswezens am Badischen Landestheater Karlsruhe, Emil Durlach, auf seiner letzten Ausschusssitzung in Karlsruhe einstimmig angenommen. Der Entwurf stellt in hervorragender Weise die Wirkung eines Schwarzwaldbildes dar, das sowohl als Plakat wie als Titelblatt für die Werbeprospekte des Verbandes Verwendung finden soll. Auch die Reichszentrale für Deutsche Verkehrswerbung in Berlin hat einen Entwurf desselben Künstlers für ihre Zwecke erworben.

Studienreise der badischen Ackerbauhilfen nach Holland. Die ehemaligen Schüler der staatlichen Landwirtschaftlichen Schule in Hochburg i. B. planen im Mai d. J. eine Studienreise zur Besichtigung der landwirtschaftlichen und gemüsehauentechnischen Betriebe in Holland.

Badisches Landestheater. Die Berliner Reinhardt-Bühnen sind für Mittwoch, den 23. Febr., zu einem einmaligen Gastspiel verpflichtet worden. Zur Darstellung wird das dreistufige Schauspiel „Die Gefangenen“ von Edouard Bourdet gebracht, das gerechtes Aufsehen in seiner Darstellung gemacht hat und mit dem die Berliner Reinhardt-Bühnen zur Zeit an vielen Theatern mit großem Erfolg gastieren.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Nach anhaltend bedecktem Tage fielen in der Nacht leichte Niederschläge. (Gebirge Schnee.) Der gestern über Nordskandinavien gelegene Wirbel hat sich westlich verlegt und nach Nordpolen verlagert. Er behält seine südliche Zugrichtung noch bei und verursacht in weitem Umfange bis nach Holland starke Windstille. Auf seiner Rückseite ist nach Skandinavien Polarluft eingebrochen, die später auch bei uns zu Niederschlägen, im Gebirge zu Schneefällen, führen wird. Voraussichtl. Witterung für 18. Februar: Fortdauer der nasskalten, aber windigen Witterung.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. J. Heibelberg, 16. Febr. Zur Erinnerung an den Begründer der neueren Volksschule, Johann Pestalozzi, hat der Stadtrat dem Schulhaus III die Bezeichnung „Pestalozzi-Schule“ beigelegt.

D. J. Mosbach, 17. Febr. Der Landesverein für Fischerei veranstaltet dieser Tage in Mosbach einen Fischereikurs. Auch in diesem Jahre werden der Verein und die badische Domänenabteilung wieder engliche Kalbrut in den badischen Gewässern aussetzen. 400 000 Jungaale sind bestellt worden.

D. J. Mosbach, 17. Febr. Auf einer Tagung der Sattlerinnung Mosbach konnte eine Reihe Militäraufträge an die verschiedenen Meister vergeben werden. In das Land Baden kamen insgesamt 460 000 RM. Aufträge, welche dem Sattlergewerbe zugute kommen.

D. J. Binou am Neckar, 17. Febr. Kirchengemeinderat und Kirchenausschuß haben die Innenrenovierung der hiesigen evang. Kirche beschlossen. Die Kosten sind mit Stellung der neuen Orgel auf 10 000 RM. veranschlagt. Die evangelische Oberkirchenbehörde stiftete 2500 RM. den Rest zeichnen die hiesigen Einwohner.

D. J. Bretten, 17. Febr. Vor 430 Jahren wurde Philipp Melanchthon, einer der berühmtesten Söhne der Stadt, in einem Hause am Marktplatz geboren. Aus diesem Anlasse feierten auch gestern wie alljährlich die Gloden vom Brettenener Kirchort. Dreißig Jahre sind es her, daß an der Stelle des Geburtshauses Melanchthons der Grundstein zum Melanchthon-Gedächtnishaus gelegt wurde.

D. J. Neustadt i. Schwarzw., 15. Febr. Die Stadtgemeinde Neustadt hat an den Landtag eine Eingabe gerichtet, dafür einzutreten, daß die für das Oberland bestimmte Aufbau-Realschule in Form einer siebenklassigen auf die 6. Klasse der Volksschule sich gründenden Aufbau-Oberrealschule in Neustadt errichtet wird.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

| | 17. Februar | | 16. Februar | |
|--------------------|-------------|--------|-------------|--------|
| | Geld | Brief | Geld | Brief |
| Amsterdam 100 G. | 168.63 | 169.05 | 168.63 | 169.05 |
| Kopenhagen 100 Kr. | 112.46 | 112.74 | 112.30 | 112.58 |
| Italien 100 L. | 18.22 | 18.26 | 18.20 | 18.24 |
| London 1 Pf. | 20.442 | 20.494 | 20.442 | 20.494 |
| Reims 1 D. | 4.214 | 4.224 | 4.2145 | 4.2245 |
| Paris 100 Fr. | 16.52 | 16.56 | 16.54 | 16.58 |
| Schwiz 100 Fr. | 81.05 | 81.25 | 81.05 | 81.25 |
| Wien 100 Schilling | 59.34 | 59.48 | 59.33 | 59.47 |
| Prag 100 Kr. | 12.478 | 12.518 | 12.478 | 12.518 |

Zur Kapitaltransaktion bei Daimler-Benz. Das Abkommen das die Daimler-Benz-Werke mit der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekendarlehen geschlossen haben, ist, wie aus Mannheim gemeldet wird, bereits unterzeichnet. Es handelt sich um die Gewährung eines hypothekarischen Darlehens im Betrage von 20 Millionen RM. Außerdem wird mit dem Darlehensfortium wegen einer Erhöhung des Aktienkapitals von derzeit 86 Millionen RM. verhandelt.

Der Jahrgang 1926. Wenig Wein — aber gute Qualität! — so läßt sich das 1926er Ergebnis nach Mitteilungen von fachkundiger Seite zusammenfassen. Die Ernte kann den Bedarf nicht decken, die Qualität befriedigt durchaus. 1920 brachte einen Mittelherbst, 1921 ist das Sonnenjahr, 1922 war an Qualität ein Rekordjahr, der an Quantität ein Mittel ergab, 1923 brachte wenig Wein und durchweg „keine Qualität“, 1924 brachte einen Normalherbst mit raffen Weinen, 1925 wieder eine bessere Ernte mit recht guten Gesamtqualitäten. Das letzte Jahr gewährte die geringste Ausbeute.

Von der Rhein- und Main-Schiffahrt. In der Woche vom 6. bis zum 12. Februar ist das Wasser des Rheines und des Maines wiederum zurückgegangen. Der Pegel in Mannheim zeigte am 6. Februar noch 2,40 Meter, am 11. Februar nur noch 2,12 Meter, in Mainz an den gleichen Tagen 0,65 Meter und 0,26, in Taub 1,95 und 1,58 Meter. Die Abladung der Röhne mußte weiter eingeschränkt werden, und sie erfolgte an der Ruhr zuletzt für Weisen nach dem Oberrhein nur noch auf 1,90 bis 2 Meter. Die amtlich zugelassene Lauttiefe auf dem Main beträgt nur noch 1,76 Meter. Seerraum wurde etwas knapper.

Staatsanzeiger

Betrieb eines Totalisators durch den Pferdezüchterverein Sodenheim.
Dem Pferdezüchterverein in Sodenheim ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalisators bei dem am 18. April 1927 in Sodenheim stattfindenden Pferderennen erteilt worden.
Karlsruhe, den 12. Februar 1927.
Der Minister des Innern
J. V. Föhrenschach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Bericht:
Regierungsrat Friedrich Schmitt beim Bezirksamt in Mannheim an das Bezirksamt in Mosbach.

Badische Lichtspiele

KONZERTHAUS

Sonderveranstaltung in Verbindung mit der
Kolonialen Arbeitsgemeinschaft, Karlsruhe
Heute und Freitag, den 18. Febr., abends 8 1/2 Uhr:
Nur zwei Vorträge
Selbsterlebnisse des Missionars
Pater Rich. Schumm M. S. C.
in der früheren deutschen Südsee (Neupommern)
Zwanzig Jahre unter Menschenfressern
200 farbenprächtige Lichtbilder. 153
Kartenvorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstr.
Preise: Mk. 0.60, 1.20, 1.80. Ermäßigungen wie üblich.

Öffentliche Verbandssparkasse Lahr.

Bilanz auf 31. Dezember 1925.

| Vermögen. | RM | Verbindlichkeiten. | RM |
|---|--------------|-------------------------------------|--------------|
| 1. Kassenbestand | 26 159.73 | 1. Spareinlagen | 728 808.97 |
| 2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postsparkamt | 68 209.06 | 2. Giro- und Kontokorrenteinlagen | 473 257.53 |
| 3. Wertpapiere | 18.64 | 3. Sonstige Einlagen (Festeinlagen) | 481 110.01 |
| 4. Wechsel | 208 004.55 | 4. Anleihen- und andere Schulden | 258 524.74 |
| 5. Darlehen auf Hypotheken | 36 706.— | 5. Ausgaberrückstände | — |
| 6. Darlehen in laufender Rechnung an Private | 1 558 326.69 | 6. Rücklagen: | |
| 7. Darlehen an Schuldlose | 225 004.89 | a) gesetzl. Reservefond | 134 654.— |
| 8. Darlehen an Gemeinben | 12 752.— | b) Sonderrücklage | — |
| 9. Einnahmerückstände | 7 555.35 | c) Aufwertungsstock | 51 158.96 |
| 10. Grundstücke u. Gebäude | 1.— | 7. Reingewinn | 16 000.— |
| 11. Gerätschaften | 678.30 | | |
| | | | |
| | 2 143 514.21 | | 2 143 514.21 |

Berechnung der Rücklage.
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus RM 1 683 000.— Einlagen RM 134 640.—
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1925 RM 134 654.—
Somit mehr RM 14.—
Lahr, den 31. Dezember 1926. J. 780

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Dr. Alfelig, Oberbürgermeister.
Der Geschäftsleiter: Dr. Meiser.



Ludwig Schwelsgut
Karlsruhe i. B.
Erbsenzenstraße 4
beim Kondelplatz
Flügel
Pianos 759
Harmoniums
Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviers



Lest Bücher
Wissen zu Macht!

COLOSSEUM

Täglich 8 Uhr
— Sonntags 4 und 8 Uhr —
Neuheit
Theater der fröhlichen Menschen
„Die bunte Tüte“
Ausstattungsstück in 16 Bildern 125
50 Mitwirkende 20 Girls

Städtische Sparkasse Rendschen.

Öffentliche Sparkasse.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

| Vermögen. | RM | Verbindlichkeiten. | RM |
|---|------------|-------------------------------|------------|
| 1. Kassenbestand | 14 697.62 | 1. Spareinlagen | 245 405.78 |
| 2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postsparkamt | 21 937.42 | 2. Giroeinlagen | 70 929.12 |
| 3. Wechsel | 4 831.06 | 3. Anleihenkapitalien | 52 499.18 |
| 4. Darlehen auf Hypotheken | 67 746.43 | 4. Ausgaberrückstände | 18 308.23 |
| 5. Darlehen in laufender Rechnung an Private | 191 520.23 | 6. Reingewinn des Jahres 1926 | 5 699.77 |
| 6. Darlehen auf Schuldschein | 84 085.35 | | |
| 7. Einnahmerückstände | 8 537.71 | | |
| 8. Gerätschaften | 1.— | | |
| | 393 346.87 | | 393 346.87 |

Berechnung der Rücklage:
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus RM 245 405.78 Spareinlagen
und aus RM 70 929.12 Giroeinlagen
auf RM 25 306.78
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 RM 24 008.—
Somit weniger RM 1 298.78
Rendschen, den 19. Januar 1927. J. 832

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Schmidt, Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter: Baig.

Badisches Landestheater

Freitag, 18. Februar 1927
*F 17 (Freitagmiete)
Th.-Gem. III. S.-Gr.
Die Bohème
von Puccini
Musikalische Leitung:
Alfons Michner
In Szene gesetzt von
Helmut Große

Rudolf Schannard
Marcel Vogel
Collin Dr. Bucherfennig
Bernard Böser
Nini Mant
Rufette von Ernst
Pagnon Ralmbach
Alcindor Siegfried
Sergeant Allan
Wächter Arenas
Pflaumenverkäufer Wurm
Anfang 7 1/2 Ende 9 1/2
I. Sperrst. M. 7.—
Sa. 19. Febr.
Einen Zug will er sich machen
So. 20. Febr. nachmittags
Die Puppenfee — Klein
Ibsen Blumen
abends: Die Fiebermaus
Konzerthaus: Stüpfel

Resi-denz Lichtspiele

Waldstraße 78
Ben Hur